



HESSEN

Bericht aus Brüssel

11/2026 vom 17.06.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union

21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel

Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13

E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis¹

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	3
Wirtschaft.....	3
Verkehr.....	4
Wohnen.....	4
Energie.....	4
Digital.....	5
Forschung.....	5
Finanzdienstleistungen.....	6
Finanzen.....	7
Soziales.....	7
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	8
Landwirtschaft und Umwelt.....	9
Justiz.....	10
Inneres.....	10
Veranstaltungen.....	11
Vorschau.....	12

¹ Redaktionsschluss ist 03.06.2026

Rat; Unterstützung der albanischen Streitkräfte

Der Rat hat am 22.05.2026 eine weitere Unterstützungsmaßnahme der albanischen Streitkräfte in Höhe von 21 Mio. EUR angenommen. Mit der Unterstützungsmaßnahme sollen vor allem die Verteidigungskapazitäten und -fähigkeiten der albanischen Streitkräfte gestärkt werden. Ziel ist auch die Stärkung des Potenzials, sich an Operationen und Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU zu beteiligen. Mit der Annahme eines neuen Unterstützungspakets wird ebenfalls die vollständige Angleichung Albaniens an die GSVP der EU anerkannt. Die EU plant den albanischen Streitkräften unter anderem leichte gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge sowie taktische Fahrzeuge und Pionierpanzer zur Verfügung stellen zu stellen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/05/22/european-peace-facility-council-adopts-the-third-bilateral-assistance-measure-in-support-of-the-albanian-armed-forces/>

Kommission; Beziehungen EU-China

Am 29.05.2026 hat das Kollegium der Kommissionsmitglieder im Rahmen einer Orientierungsdebatte eine Bestandsaufnahme der Beziehungen zwischen der EU und China vorgenommen. Hierbei ging es um die Chancen der EU-China Beziehungen, aber auch um deren Herausforderungen. Der übergeordnete Ansatz der Kommission bleibe weiterhin Risikominderung statt Abkopplung. China sei ein wichtiger Partner, aber der derzeitige Stand der Handels- und Investitionsbeziehungen sei nicht nachhaltig. Laut der Kommission seien wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen immer stärker miteinander verflochten und daher würden beide Dimensionen eine entschlosseneren und kohärenteren Reaktion erfordern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/read_26_1201

Europäischer Ausschuss der Regionen

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 01.06.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und EU-Schulprogramm“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2232228&meetingSessionId=2291191>

Wirtschaft

Kommission; Modernisierung des Global Agreement zwischen der EU und Mexiko

Am 21.05.2026 haben die EU und Mexiko das modernisierte Global Agreement sowie das Interim Trade Agreement unterzeichnet. Ziel ist es, die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Investitionen und saubere Technologien auszubauen, Hürden für Unternehmen abzubauen und die Global Gateway Investment Agenda weiter zu stärken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_1136

Rat: Strategische Guidelines für nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismussektor

Am 28.05.2026 hat der Rat Schlussfolgerungen zu einem nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismussektor angenommen. Im Mittelpunkt stehen Nachhaltigkeit,

Digitalisierung, Resilienz, Fachkräfte, Konnektivität und eine bessere Umsetzung der Europäischen Agenda für den Tourismus 2030.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/05/28/the-council-sets-strategic-guidelines-for-a-sustainable-and-competitive-tourism-sector/>

V e r k e h r

EP; Bereitschaft für Verhandlungen mit dem Rat zu regelmäßigen Fahrzeugkontrollen

Am 21.05.2026 hat das EP für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat zu neuen Regeln für regelmäßige Fahrzeugkontrollen gestimmt. Vorgesehen sind unter anderem strengere Vorgaben gegen Tachobetrug sowie eine stärkere Kontrolle von Emissionswerten bei Straßenkontrollen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260520IPR43603/regelmassige-fahrzeugkontrollen-parlament-bereit-fur-verhandlungen-mit-rat>

Kommission; Fortschritte für ein moderneres europäisches Luftverkehrsmanagement

Am 29.05.2026 hat die Kommission gemeinsam mit weiteren europäischen Akteuren die Fortschritte für ein moderneres und effizienteres europäisches Luftverkehrsmanagement hervorgehoben. Im Mittelpunkt standen Maßnahmen zur weiteren Modernisierung des Air Traffic Management und zur Stärkung von Effizienz und Kapazität im europäischen Luftverkehr.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/europe-aviation-more-modern-and-efficient-atm-europe-2026-05-29_en

W o h n e n

Kommission; Bericht zum Investitionsbedarf im Wohnungsbereich bis 2035

Am 29.05.2026 hat die Kommission einen Bericht zum Investitionsbedarf im Wohnungsbereich in der EU bis 2035 veröffentlicht. Der Bericht beziffert den zusätzlichen Investitionsbedarf in den Mitgliedstaaten dort, wo eine Lücke zwischen der Anzahl der Haushalte und dem verfügbaren Wohnungsbestand entstanden ist.

<https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC144419>

Kommission; Wohnen im Fokus des Europäischen Semesters 2026

Am 03.06.2026 hat die Kommission hervorgehoben, dass Wohnen im Europäischen Semester 2026 erstmals in einem eigenen Annex behandelt wird. Im Mittelpunkt stehen insbesondere Bezahlbarkeit, Angebot und sozialer Wohnungsbau.

https://housing.ec.europa.eu/whats-new/news/european-semester-2026-housing-spotlight-2026-06-03_en

E n e r g i e

Kommission; Austausch mit den Mitgliedstaaten zur aktuellen Gas- und Ölversorgungslage

Am 28.05.2026 hat die Kommission über die Sitzungen der Gas Coordination Group und der Oil Coordination Group berichtet. Danach besteht derzeit kein unmittelbarer Anlass zur Sorge mit Blick auf die Gasversorgung im kommenden Winter. Zugleich verweist die Kommission auf anhaltende Preis- und Marktrisiken, insbesondere bei Ölprodukten und Kerosin.

https://energy.ec.europa.eu/news/commission-discusses-gas-and-oil-supply-risks-eu-countries-conflict-middle-east-reaches-3-month-mark-2026-05-28_en?prefLang=de

Kommission; Maßnahmen zur Digitalisierung des Energiesystems
Am 03.06.2026 hat die Kommission Maßnahmen zur Digitalisierung des europäischen Energiesystems vorgestellt. Ziel ist es, den Einsatz digitaler Technologien und Künstlicher Intelligenz im Energiesektor auszubauen und dabei zugleich Sicherheit, Nachhaltigkeit und Effizienz zu stärken. https://energy.ec.europa.eu/news/commission-presents-measures-digitalise-europes-energy-system-while-ensuring-sustainable-2026-06-03_en

Digital

Kommission; EU-Kommission legt Tech Sovereignty Paket vor

Am 03.06.2026 hat die Kommission ihr Tech Sovereignty Paket vorgelegt. Es handelt sich hierbei um ein umfassendes Maßnahmenbündel, das darauf abzielt, die technologische Souveränität der EU zu stärken und Abhängigkeiten in strategischen Schlüsselbereichen zu reduzieren. Es setzt sich hierbei aus vier Initiativen zusammen: (1) der Mitteilung zum Tech Sovereignty Paket, inkl. der Open Source Strategie; (2) dem Cloud and AI Development Act (legislativ); (3) dem Chips Act 2.0 (legislativ) und (4) einer Strategischen Roadmap zu Energie und KI. Mit Hilfe dieses Maßnahmenpakets sollen europäische Halbleiterkapazitäten gefördert werden, indem neben Angebotsmaßnahmen stärker die Nachfrageseite mehr in den Blick genommen wird. Zudem sollen die europäische Rechenzentrums- und Cloud-Kapazitäten massiv ausgebaut und ein klares Gütesiegel für vertrauenswürdige, souveräne EU-Dienste etabliert werden. Staatliche Organisationen werden damit zukünftig verpflichtet, eine Risikobewertung entsprechend der vier Sicherheitsstufen durchzuführen. Gleichzeitig setzt das Paket auf eine engere Koordinierung zwischen Mitgliedstaaten, gezielte Investitionsanreize und den Ausbau von Forschungs- und Innovationsprogrammen, um Europas Wettbewerbsfähigkeit gegenüber globalen Technologiemächten zu sichern https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1187

Kommission; Die Durchsetzung des KI-Gesetzes erhält unabhängige Unterstützung durch Experten

Die Kommission hat zwei neue Expertengremien eingesetzt, um die Durchsetzung der KI-Verordnung zu stärken: ein Wissenschaftliches Panel mit 60 führenden unabhängigen Fachleuten sowie ein Beratungsforum mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Industrie, darunter auch KMU und Start-ups. Beide unterstützen KI-Büros und nationale Behörden für jeweils zwei Jahre. Das Wissenschaftliche Panel konzentriert sich auf GPAI-Modelle, systemische Risiken, Modellklassifizierung, Evaluierungsmethoden und grenzüberschreitende Marktüberwachung. Das Beratungsforum liefert technische Expertise zu Standardisierung, Umsetzungsfragen und sektorspezifischen Herausforderungen des KI-Verordnung. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/ai-act-enforcement-gets-independent-expert-support>

Forschung

Kommission; Forschung; Mobilitätsförderung; MSCA-Netzwerke; Ausschreibung

Am 28.05.2026 hat die Kommission eine Förderausschreibung im Rahmen der Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) veröffentlicht, um Doktoranden-Netzwerke zu fördern. Die MSCA werden aus der ersten Säule des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa finanziert, um die internationale Mobilität für Forscherinnen und Forscher zu

fördern. Im Rahmen dieser Ausschreibung werden 593 Mio. EUR bereitgestellt, um themenoffen über 130 Netzwerkprojekte in allen wissenschaftlichen Bereichen sowie die Ausbildung und Kompetenzentwicklung von insgesamt fast 2.000 Doktoranden zu finanzieren. MSCA-Doktoranden-Netzwerke führen Doktorandenprogramme durch Konsortien von Organisationen aus verschiedenen Sektoren in ganz Europa und darüber hinaus durch. Umgesetzt werden diese u.a. durch Hochschuleinrichtungen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Die MSCA legen einen starken Fokus auf interdisziplinäre, internationale und sektorübergreifende Zusammenarbeit. Doktoranden-Netzwerke bieten spezifische Anreize zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen akademischen und nicht-akademischen Sektoren. Ein neues Element wird mit der RAISE-Doktoranden-Netzwerken für KI in der Wissenschaft eingeführt, eine Pilotinitiative im Rahmen von Horizont Europa zur Stärkung der KI-Kompetenzen in der EU und in Partnerländern. Dies eröffnet zusätzliche Fördermöglichkeiten für Projekte, die KI integrieren. Die Bewerbungsfrist endet am 24.11.2026.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/whats-new/news/doctoral-networks-2026-call-opens-for-submission>

Rat; Forschung; Horizont Europa; Forschungsrat

Am 29.05.2026 hat der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung getagt und sich insbesondere mit dem künftigen Programm Horizont Europa ab 2028 befasst. Die Ministerinnen und Minister diskutierten den Sachstand der Verhandlungen mit dem Ziel, bis Ende Juni 2026 noch eine formelle Ratsposition zu erreichen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen insbesondere vier Schlüsselthemen: die Festlegung strategischer Prioritäten, die Verschränkung zwischen Horizont Europa und dem Europäischen Wettbewerbsfonds (ECF), die Zukunft der europäischen Partnerschaften, Maßnahmen zur Förderlinie Widening sowie die Rolle der Bottom-up-Kooperationsforschung. Zwischen den Ratsdelegationen ist noch umstritten, mit welchem Anteil am künftigen Budget die im Rahmen von Horizont Europa wettbewerbsfähig zu vergebenen Geldern auch geografische Kriterien berücksichtigen sollen. Die deutsche Delegation sprach sich mit einer Gruppe v.a. nordeuropäischer Staaten für ein starkes Exzellenzprinzip aus. Im Bereich der Verbundforschung stand ein neuer Vorschlag (aus FRA und POL) zur Debatte, nach dem künftig auch themenoffene anstatt vordefinierter Ausschreibungen veröffentlicht werden sollen. Diskussionsbedarf besteht zudem noch zur Frage, ob rein verteidigungsbezogene Forschung über Horizont Europa oder vielmehr über den ECF-Fonds finanziert werden sollten.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/compet/2026/05/29/>

Finanzdienstleistungen

Kommission; Konsultation, Evaluierung des EU-Rechtsrahmens für Märkte für Kryptowerte

Die Kommission hat am 20.05.2026 eine Konsultation gestartet, um zu prüfen, ob der bestehende Rechtsrahmen, „Markets in Crypto-Assets Regulation“ (MiCA), angesichts der rasanten Entwicklungen im Kryptomarkt weiterhin zweckmäßig ist. Die Verordnung schafft erstmals einen einheitlichen europäischen Regulierungsrahmen für Emittenten von Kryptowerten und Kryptowerte-Dienstleistern. MiCA soll angesichts neuer Markt- und Technologieentwicklungen angepasst werden. Hintergrund sind insbesondere die Regulierung von Stablecoins (E-Geld-Token und vermögensgebundene Token). Der Konsultationszeitraum läuft bis zum 31.08.2026.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/17912-Markte-fur-Kryptowerte-Evaluierung-des-EU-Rechtsrahmens_de

Euro-Gruppe; Tagung am 22.05.2026

Am 22.05.2026 kam die Eurogruppe zusammen, um die aktuellen Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet zu besprechen. Einer der Tagesordnungspunkte war der aktuelle Stand des Projekts „Digitaler Euro“. In diesem Zusammenhang wurde angekündigt, dass die interinstitutionellen Verhandlungen voraussichtlich im Laufe des Sommers beginnen könnten. Der Präsident der Eurogruppe, Kyriakos Pierrakakis, betonte die Bedeutung einer konstruktiven Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure, um die erforderlichen Rechtsvorschriften bis Ende des Jahres 2026 abzuschließen. Nach seiner Einschätzung sei es möglich, dass das Projekt bis Ende 2029 umgesetzt werden könne.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/05/22/remarks-by-kyriakos-pierrakakis-following-the-eurogroup-meeting-of-22-may-2026-32026/>

Kommission; EU-Mehrwertsteuerreform ViDA

Am 22.05.2026 hat die Kommission das Arbeitsprogramm für die Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter (ViDA) für 2026 veröffentlicht. Dieses Programm basiert auf der im September 2025 vorgestellten Umsetzungsstrategie und soll die schrittweise Einführung des ViDA-Pakets bis 2035 unterstützen. Ziel der Reform ist es, das EU-Mehrwertsteuersystem zu modernisieren, es unternehmensfreundlicher zu gestalten und widerstandsfähiger gegen Betrug zu machen, insbesondere im Hinblick auf die Herausforderungen der Plattformwirtschaft. Die Umsetzung erfolgt in mehreren Phasen: Ab dem 01.01.2027 wird der One Stop Shop (OSS) auf B2C-Lieferungen im E-Charging-Sektor ausgeweitet, und rechtliche Klarstellungen für OSS- und IOSS-Nutzer treten in Kraft. Ab dem 01.07.2028 gelten neue Vorschriften für Plattformen in den Bereichen kurzfristige Beherbergungsvermietung und Straßenpersonenverkehr, während gleichzeitig die Reform der einheitlichen MwSt-Registrierung (SVR) mit obligatorischer Umkehrung der Steuerschuldnerschaft für nicht niedergelassene Lieferanten beginnt. Ab dem 01.07.2030 werden grenzüberschreitende B2B-Transaktionen durch digitale Berichterstattungspflichten (DRR) und die verbindliche elektronische Rechnungsstellung erfasst. Bis zum 01.01.2035 müssen die Mitgliedstaaten ihre Systeme an das grenzüberschreitende digitale Meldesystem anpassen, was den Abschluss des ViDA-Pakets darstelle.

https://taxation-customs.ec.europa.eu/news/vat-digital-age-2026-work-programme-available-2026-05-22_en

Soziales

EP; Forderung nach einem EU-Gedenktag für die Opfer von Arbeitsunfällen

Am 21.05.2026 verabschiedete das EP einen Vorschlag, den 8. August zum „Europäischen Tag zum Gedenken an die Opfer von Arbeitsunfällen sowie zum Schutz der Würde der Arbeitnehmer“ zu erklären. Mit 395 Ja-Stimmen (bei 12 Nein-Stimmen und 41 Enthaltungen) unterstrich das Parlament die Notwendigkeit, das Bewusstsein für Prävention und Arbeitssicherheit in Unternehmen, Institutionen und der Öffentlichkeit zu schärfen. Der Tag soll an die Opfer von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten erinnern und durch konkrete Initiativen in Schulen und Arbeitsplätzen begleitet werden. Hintergrund ist das Grubenunglück von Bois du Cazier am 08.08.1956 in Marcinelle (BEL), bei dem 262 Bergleute – darunter viele Staatsbürger heutiger EU-Mitgliedstaaten – ums Leben kamen. Zusätzlich forderte das EP die Kommission auf, Gesundheits- und Sicherheitsrisiken durch KI und algorithmische Managementsysteme zu bewerten, da diese zu intensiveren Arbeitsrhythmen und missbräuchlicher Überwachung führen können. Auch klimabedingte Risiken wie Hitzestress, Extremwetterereignisse und Luftverschmutzung sollen als zentrale Berufsrisiken anerkannt und durch bessere Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz adressiert werden. Zudem betonte das EP die Bedeutung regelmäßiger Arbeitsinspektionen und rief die Mitgliedstaaten auf, die

Arbeitsaufsichtsbehörden mit festem Personal, ausreichenden Ressourcen und institutioneller Unabhängigkeit zu stärken.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260513IPR43313/parliament-calls-for-eu-day-to-commemorate-the-victims-of-work-related-accidents>

EuGH; Urteil zur Berücksichtigung von Beschäftigungszeiten in anderen Mitgliedstaaten bei der Altersrentenberechnung

Am 21.05.2026 fällt der EuGH ein Urteil in der Rechtssache C-717/24 (Sociálna poisťovňa). Gegenstand war die Frage, ob ein slowakischer Bergarbeiter, der zwischen 1976 und 1995 im Untertagebau in der heutigen Tschechischen Republik gearbeitet hatte, seine dortigen Beschäftigungszeiten für den Anspruch auf eine vorzeitige Altersrente in der Slowakei angerechnet bekommen kann. Hintergrund ist das tschechoslowakische Rechtssystem, das Berufe nach Belastungsgrad einteilte: Bergleute fielen in Kategorie I, die bei 25 Berufsjahren (davon 15 Jahre unter Tage) Anspruch auf eine vorzeitige Rente ab dem 55. Lebensjahr gewährte. Nach der Auflösung der Tschechoslowakei im Jahr 1992 schaffte die Tschechische Republik diese Regelung sofort ab, während die Slowakei sie bis 1999 aufrechterhielt. Der Betroffene beantragte 2013 in der Slowakei eine Rente, doch die Behörden lehnten ab, da er die 15-Jahres-Voraussetzung nicht erfülle – die in der damaligen Tschechoslowakei zurückgelegten Zeiten wurden nicht berücksichtigt. Der Gerichtshof urteilte, dass die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit vorschreibe, dass Beschäftigungszeiten in verschiedenen Mitgliedstaaten zusammenzurechnen sind, wenn sie mit besonderen Vorteilen (wie vorzeitiger Rente) verbunden sind. Die slowakischen Behörden müssen daher die in der Tschechoslowakei zurückgelegten Zeiten als Bergarbeiter unter Tage anerkennen. Das Urteil betont, dass die Freizügigkeit von Arbeitnehmern in der EU nicht durch nationale Regelungen eingeschränkt werden darf.

<https://curia.europa.eu/site/upload/docs/application/pdf/2026-05/cp260075de.pdf>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Geldstrafe gegen chinesischen Online-Marktplatz TEMU

Die Kommission hat am 28.05.2026 gegen den chinesischen Online-Marktplatz TEMU eine Geldbuße in Höhe von 200 Mio. EUR verhängt und dieses Vorgehen mit gravierenden Verstößen des Unternehmens gegen das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) begründet. Der Beschluss über die Nichteinhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen stützt sich u.a. auf ein Mystery-Shop-Verfahren (anonyme Testkäufe) und Daten der Zoll- und Marktüberwachungsbehörden. Durch die Testkäufe wurde nachgewiesen, dass Verbraucher auf TEMU mit hoher Wahrscheinlichkeit illegale oder unsichere Artikel angeboten bekämen, u.a. bei Elektronik (ein hoher Prozentsatz untersuchter Ladegeräte und Kleinkleingeräte habe grundlegende Sicherheitstests nicht bestanden, z. B. durch akute Brand- oder Stromschlaggefahr). Bei getestetem Babyspielzeug wurden teilweise massive Überschreitungen der EU-Grenzwerte für giftige Chemikalien und Umweltgifte festgestellt. Zudem bestand oft Erstickungsgefahr durch leicht ablösbare Kleinteile. Die Kommission kritisierte ferner, dass TEMU keine wirksamen Mechanismen besitzt, um einmal gesperrte, unseriöse Händler dauerhaft zu verbannen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/ip_26_1178/IP_26_1178_EN.pdf

EP; Bericht zum Gender Care Gap in der Pflege angenommen

Das Plenum des EP hat am 21.05.2026 den gemeinsamen Bericht „Auf dem Weg zu einer sorgenden Gesellschaft: Schließung der geschlechtsspezifischen Betreuungslücke“ des EMPL- und FEMM-Ausschusses mit 263 zu 83 Stimmen angenommen (154 Enthaltungen). Die Nachfrage nach Pflege- und Betreuungsleistungen in der EU wachse aufgrund des

demografischen Wandels, des Drucks auf die Arbeitsmärkte und gesellschaftlicher Veränderungen rasch. Gleichzeitig bleibe die Bereitstellung von Pflege und Betreuung unzureichend anerkannt, unterfinanziert und ungleich verteilt – häufig zulasten von Frauen. Der Bericht verfolgt das Ziel, eine kohärente politische Vision sowie Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um Ungleichheiten in der Sorgearbeit abzubauen, die Widerstandsfähigkeit von Pflege- und Betreuungssystemen zu stärken und die Gleichstellung der Geschlechter in der EU voranzubringen. Damit verbunden forderten die Abgeordneten ein „Europäisches Statut für Pflegekräfte“ zur Festlegung EU-weiter Mindeststandards für die Pflegearbeit sowie der vorrangigen Rekrutierung von innereuropäischen Pflegekräften. Des Weiteren solle informelle Pflege in Renten- und Sozialversicherungssystemen berücksichtigt werden. Der Bericht steht im Einklang mit der am 05.03.2026 durch die Kommission vorgelegten Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter, die zudem einen „Europäischen Deal für Pflege und Betreuung“ für 2027 vorsieht.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-10-2026-0083_EN.html

Kommission; Ebola-Bundibugyo-Viruskrankheit, Stellungnahme des HSC zu gemeinsamem EU-Ansatz

Der Gesundheitssicherheitsausschuss (HSC) hat am 22.05.2026 eine Stellungnahme zu einer gemeinsamen europäischen Reaktion in Anbetracht des sich rasch ausbreitenden Ebola-Virus verabschiedet. Wichtig für den weiteren Umgang mit dem Virus sei eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), der europäischen Arzneimittelagentur und den MS untereinander. Es brauche eine Sensibilisierung des medizinischen Personals, verstärkte Kapazitäten in den Gesundheitseinrichtungen und Ausreisekontrollen. Der HSC ermutigt zudem das europäische Referenzlabor EURL-PH-ERZV, seine Bemühungen in der Forschung fortzusetzen, und sagt den nationalen Behörden diagnostische Unterstützung bei Testprotokollen und Beratung zum Biorisikomanagement zu. Die Weltgesundheitsorganisation hatte den Ausbruch des Virus am 17.05.2026 als gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite eingestuft. Das ECDC bewertet das Risiko des Virus für die allgemeine Bevölkerung in der EU jedoch als sehr gering. Im derzeitigen Stadium des Ausbruchs und bei Umsetzung der empfohlenen Kontrollmaßnahmen sei es unwahrscheinlich, dass es innerhalb der EU zu einer anhaltenden Übertragung des Virus komme. Die Reaktion steht im Einklang mit der kürzlich veröffentlichten Initiative für die Resilienz im Bereich der globalen Gesundheit.

https://health.ec.europa.eu/publications/opinion-health-security-committee-eu-response-ebola-outbreak-democratic-republic-congo-and-uganda_en

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Leitlinien zur Klärung der Anwendung des EU-Wasserrechts

Die Kommission hat am 22.06.2026 Leitlinien für eine einfachere und einheitlichere Umsetzung der EU-Wassergesetze veröffentlicht. Dadurch soll Europas allgemeine Resilienzagenda unterstützt und Klarheit in Bezug auf die Wasserrahmenrichtlinie und deren sogenannten Tochtrichtlinien (die Grundwasserrichtlinie und die Richtlinie über Umweltqualitätsnormen) geschaffen werden. U.a. wird erläutert, wie die Umweltauswirkungen neuer Projekte auf die Wasserqualität bewertet werden können. Ferner werden zusätzliche Ausnahmen erläutert, z.B. vereinfachte Verfahren für Projekte, die nur zu einer kurzfristigen Verschlechterung oder zu einer Verlagerung der Umweltverschmutzung ohne Nettoanstieg führen. Außerdem enthalten die Leitlinien Beispiele dafür, wie Flexibilitäten angewendet werden können, um Bergbau-, Metallverarbeitungs- und andere Projekte für kritische Rohstoffe zu erleichtern.

<https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2026/2836>

EP; Neue Opferschutz-Richtlinie stärkt Rechte der Opfer von Straftaten

Das EP hat am 21.05.2026 mit 440 Ja- gegen 49 Nein-Stimmen bei 84 Enthaltungen einer modernisierten Opferschutz-Richtlinie zugestimmt. Diese sieht u.a. die Stärkung der Rechte der Opfer während des Strafverfahrens vor (u.a. ein neues Recht auf Privatsphäre und Nichtweitergabe personenbezogenen Daten eines Opfers an den Täter, Prozesskostenhilfe für das Verfahren für Opfer mit unzureichenden finanziellen Mitteln und beschleunigte Auszahlung der Entschädigung), dazu die Einrichtung von Hotlines und die Möglichkeit, Straftaten online anzuzeigen. Auch Personen, deren Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist, beispielsweise Nicht-EU-Bürger in Einrichtungen für Migranten oder Personen in stationären Pflegeeinrichtungen, sollen Anzeige erstatten können. Die Anzeige durch Dritte über zivilgesellschaftliche Organisationen soll erleichtert werden. Unterstützungsangebote für Opfer mit besonderen Bedürfnissen, spezifische Unterstützung und Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen für Opfer sexueller Gewalt (Notfallverhütung/Pille danach, Postexpositionsprophylaxe, Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten, Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen) sind vorgesehen, dazu höchste Standards und Sorgfalt beim Schutz und bei der Unterstützung von Kindern, u.a. durch einen kindgerechten Ansatz mit verschiedenen Dienstleistungen (z.B. ärztliche Untersuchung, psychologische Betreuung, Videoaufzeichnung von Zeugenaussagen, administrative Unterstützung), die nach Möglichkeit in denselben Räumlichkeiten angeboten werden sollen. Der Rat muss den Regeln noch formal zustimmen, eine Einigung war bereits erzielt worden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260513IPR43311/starkung-der-rechte-von-opfern-von-straftaten>

KOM; Unterzeichnung des Protokolls zur Änderung des Europarats-Übereinkommens zur Verhütung des Terrorismus

Die Kommission hat für die EU das Protokoll zur Änderung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus verhandelt und am 26.05.2026 unterzeichnet. Es ändert die Definition des Begriffs „terroristische Straftaten“ im Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus und stellt so fest, was Terrorismus für die Staaten des Europarats ausmacht. Die EU betont, es handle sich weltweit um die erste Einigung über eine gemeinsame Definition des Terrorismus auf regionaler Ebene. Diese stehe im Einklang mit der EU-Definition des Begriffs „terroristische Straftaten“ gemäß der EU-Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung. Sobald das Protokoll in Kraft getreten ist, solle es als Ausgangsbasis für die regionalen Bemühungen zur Verhütung von Terrorismus sowie für die internationale Zusammenarbeit dienen. Die harmonisierte Definition solle die justizielle Zusammenarbeit verbessern, indem sie die Ausstellung von Rechtshilfe- und Auslieferungersuchen in Terrorismusfällen zwischen den Mitgliedern des Europarats erleichtert.

https://home-affairs.ec.europa.eu/news/eu-signs-protocol-amending-council-europe-convention-prevention-terrorism-strengthening-global-2026-05-26_en?prefLang=de&etrans=de

I n n e r e s

Rat; Richtlinie verbessert Kommunalwahlrecht für mobile EU-Bürger

Der Rat hat am 26.05.2026 eine aktualisierte Richtlinie angenommen, mit der das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen für EU-Bürgerinnen und -Bürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, („mobile EU-Bürger“) gestärkt werden soll. Hauptziel ist es, den Zugang zu Informationen für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und veraltete Bestimmungen aus dem Jahr 1994 zu aktualisieren. Dies betrifft u.a. proaktive Informationen über das Wahlrecht und die Bedingungen für die

Eintragung in das Wählerverzeichnis (einschließlich Übersetzungen in weitgehend verstandenen Amtssprachen der EU), vereinfachte Anforderungen in Bezug auf die Registrierungsverfahren und Vorkehrungen, um zu verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger bei der Eintragung im Ausland automatisch aus dem Wählerverzeichnis ihres Herkunftslandes gestrichen werden. Trotz der derzeit geltenden Maßnahmen haben mobile EU-Bürger bei Kommunalwahlen nach wie vor Schwierigkeiten bei der Ausübung ihres Wahlrechts. Dazu zählen Probleme bei der Beschaffung korrekter Informationen über die Ausübung ihres Wahlrechts, aufwendige Registrierungsverfahren und eine eventuelle Streichung aus dem Wählerverzeichnis im Herkunftsmitgliedstaat. Die Richtlinie tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Danach haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit zur Umsetzung der meisten Bestimmungen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/05/26/council-adopts-new-rules-strengthening-eu-citizens-right-to-vote-and-stand-as-candidates-in-local-elections/>

Rat/EP; Einigung über neue EU-Rückführungsverordnung

Rat und EP haben am 01.06.2026 eine Einigung über die EU-Rückführungsverordnung (VO) erzielt, um schnellere und effektivere EU-weite Verfahren zur Rückführung illegal in den Mitgliedstaaten lebender Personen zu ermöglichen sowie Missbrauch und unerlaubte Bewegungen innerhalb der EU zu verhindern. Sie soll den am 12.06.2026 in Kraft tretenden EU-Pakt zu Migration und Asyl ergänzen und enthält u.a. Verpflichtungen für Nicht-EU-Bürger ohne Aufenthaltsrecht in der EU: Personen, gegen die eine Rückführungsanordnung ergangen ist, den betreffenden Mitgliedstaat zu verlassen und mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Eine Inhaftierung ist z.B. möglich, wenn sie nicht kooperieren, Fluchtgefahr besteht oder sie ein Sicherheitsrisiko darstellen. Möglich sind zudem regelmäßige Meldepflichten oder die Pflicht zum Aufenthalt an einem bestimmten Ort, ebenso Alternativen zur Inhaftierung, etwa eine finanzielle Bürgschaft oder elektronische Überwachung. Bei unbegleiteten Minderjährigen und Familien mit Kindern ist dies nur als letzte Maßnahme möglich. Rückkehrzentren in Drittländern können von den Mitgliedstaaten eingerichtet werden für Personen, die kein Aufenthaltsrecht haben. „Rückkehrland“ kann ein Drittland sein, mit dem ein Abkommen oder eine Vereinbarung geschlossen wurde. Diese Länder müssen die internationalen Menschenrechtsstandards und Grundsätze des Völkerrechts, einschließlich des Non-Refoulement-Prinzips, achten. Unbegleitete Minderjährige sind hiervon ausgeschlossen. Ebenfalls neu sind ein Europäischer Rückführungsbeschluss (ERO) und die zunächst freiwillige gegenseitige Anerkennung von Rückführungsentscheidungen. Die Verordnung ermöglicht schließlich Maßnahmen gegen Personen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen, u.a. – ggf. sogar unbefristete – Einreiseverbote und Freiheitsstrafen. Rat und EP müssen noch formal zustimmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/01/council-and-parliament-reach-deal-on-returns-of-illegally-staying-third-country-nationals/>

V e r a n s t a l t u n g e n

Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Crisis Talks“: „Zusammenhalt, Vertrauen und Demokratie in Europa“

Am 02.06.2026 fand auf Einladung von Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung gemeinsam mit dem Leibniz-Forschungsnetzwerk „Umweltkrisen – Krisenumwelten“, dem Forschungszentrum „Normative Ordnungen“ der Goethe-Universität Frankfurt sowie dem „Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ eine Veranstaltung in der Reihe „Crisis Talks“ zum Thema „Zusammenhalt, Vertrauen und Demokratie in Europa“ in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. Rebecca C. Schmidt, Geschäftsführerin des Forschungszentrums Normative Ordnungen der Goethe-Universität sowie des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt, eröffnete die Veranstaltung. Anschließend gab Prof. Dr. Rainer Forst,

Lehrstuhlinhaber für Politische Theorie und Philosophie, Direktor des Forschungszentrums Normative Ordnungen der Goethe-Universität, stellvertretender Sprecher des FGZ Frankfurt, einen Impuls. Er wies darauf hin, dass die Begriffe „Zusammenhalt und Vertrauen“ keinen eigenständigen Wert per se hätten, vielmehr käme es auf den normativen Kontext an. Nationalistischer oder xenophober Zusammenhalt sei etwa ebenso wenig ein Wert wie autoritäres Vertrauen in Führungspersonlichkeiten. In der anschließender Paneldiskussion befassten sich MdEP Prof. Dr. Sven Simon (DEU/EVP), Sandra Parthie, Präsidentin der Arbeitsgruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, Leiterin des Brüsseler Büros des Instituts der deutschen Wirtschaft, und Prof. Dr. Forst mit unterschiedlichen Facetten von Vertrauen, Zusammenhalt und Demokratie in Europa, so zum Beispiel auch mit der Frage, ob die EU-Kohäsionspolitik dazu einen Beitrag liefere. Helga Schmidt, Publizistin und ehemalige Leiterin des ARD-Hörfunkstudios in Brüssel, führte durch die Veranstaltung.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

18./19.06.2026 Europäischer Rat

Europäisches Parlament

Europäisches Parlament Plenarsitzung in Straßburg 15.-18.06.2026

- Vereinfachung der Umsetzung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Digital-Omnibus Verordnung zur KI)
- Verwirklichung der digitalen Souveränität und Resilienz Europas - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Ansprache von Jakov Milatović, Präsident von Montenegro
- Anpassung der Einfuhrzölle und Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika
- Nichtanwendung von Zöllen auf die Einfuhren bestimmter Waren
- Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette
- Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und Entsorgung von Altfahrzeugen
- Notwendige Maßnahmen zur Durchführung des dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über die finanziellen Folgen des Ablaufs des EGKS-
- Europäische politische Parteien und Stiftungen – Bericht 2026 über die Anwendung der Verordnung (EU, Euratom) 2025/2445 und die finanzierten Tätigkeiten
- Bekämpfung transnationaler Repression und Entwicklung einer EU-Strategie für den Schutz der Souveränität und der demokratischen Werte Europas
- Rolle des Handels bei der Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit der EU
- Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit zur Bekämpfung irregulärer Migrationsbewegungen und ihrer Ursachen in den Partnerländern
- Bericht 2025 der Kommission über die Türkei

- Aussprache über außenpolitische Fragen in Anwesenheit der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (noch festzulegen)
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 18./19. Juni 2026 - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Ansprache von Andrzej Poczobut, Sacharow-Preisträger von 2025
- Allgemeines Verbrauchsteuersystem für Tabak und mit Tabak verwandte Erzeugnisse
- Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTA) und Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF): Zugang zu mehrwertsteuerrelevanten Informationen auf EU-Ebene
- Kündigung des Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und Liberia über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten (Entschließung)
- Beitritt Cabo Verdes zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung
- Empfehlung zu der Förderung der transnationalen Governance im Bereich Wasser im Interesse der Konfliktverhütung und des Friedens
- Mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen und die aus ihnen gewonnenen Lebens- und Futtermittel - Empfehlung für die zweite Lesung
- Bericht 2025 der Kommission über Georgien
- Bericht 2025 der Kommission über Montenegro
- Bericht 2025 der Kommission über Albanien
- Von einer Fraktion (Renew) beantragte Aussprache über ein aktuelles Thema (Artikel 169 GO)
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 150 GO)
- Umsetzung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser und Risiken für die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln - Entschließungsanträge
- Politische Unterdrückung und humanitäre Lage in Kuba - Entschließungsanträge
- Rekrutierung von Kindern durch die organisierte Kriminalität - Entschließungsanträge

Europäischer Ausschuss der Regionen

18.06.2026 ENVE-Fachkommissionssitzung
Überprüfung der Umsetzung der EU-Umweltpolitik -
Umsetzung und Vereinfachung der umweltpolitischen
Strategien der EU (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

17.06.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-347/25 Zapp – Geschäftsführerhaftung für Kartellbußgelder (DEU)

18.06.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-658/24 Penny Market – Verpflichtende Sonderangebote für bestimmte Lebensmittel in Ungarn (HUN)

18.06.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-232/25 Idziski – Persönlichkeitsrechtsverletzung durch eine Fernsehserie: Gerichtliche Zuständigkeit (POL)

18.06.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-522/24 Ministero della Difesa (Impfpflicht für Militärangehörige) – Anti-Covid-Impfpflicht in Italien für Militärangehörige (ITL)

18.06.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-414/24 Datenschutzbehörde (Zusammenspiel von Rechtsbehelfen) – Rechtsbehelfe bei Datenschutzverletzungen (AUT)

18.06.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-376/24 FSMA – Offenlegung von Insiderinformationen durch einen Politiker (BEL)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 22.06.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA